

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 08 | 23.02.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 44/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Land- und forstwirtschaftliche Kennzeichnungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 45/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Landwirtschaftliche Grenzwerteverordnung** geändert wird

[BGBl II 46/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vor Gefahren durch den elektrischen Strom (**Land- und forstwirtschaftliche Elektroschutzverordnung** LF-ESVO)

[BGBl II 47/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente in der Land- und Forstwirtschaft (**Land- und forstwirtschaftliche Dokumente-Verordnung** LF-DOK-VO)

[BGBl II 48/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vor der Einwirkung durch elektromagnetische Felder (**Land- und forstwirtschaftliche Verordnung elektromagnetische Felder** LF-VOEMF)

[BGBl II 49/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vor der Gefährdung durch Lärm und Vibrationen (**Land- und forstwirtschaftliche Verordnung Lärm und Vibrationen** LF-VOLV)

[BGBl II 50/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche in der Land- und Forstwirtschaft (**Land- und forstwirtschaftliche Jugendarbeitsschutzverordnung** LF-JSVO)

[BGBl II 51/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft bei der Bildschirmarbeit (**Land- und forstwirtschaftliche Bildschirmarbeitsverordnung** LF-BS-VO)

[BGBl II 52/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vor der Einwirkung durch künstliche optische Strahlung (**Land- und forstwirtschaftliche Verordnung optische Strahlung** LF-VOOPST)

[BGBl II 53/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft durch persönliche Schutzausrüstung (**Land- und forstwirtschaftliche Verordnung Persönliche Schutzausrüstung** LF-PSA-VO)

[BGBl II 54/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft (**Land- und forstwirtschaftliche Gesundheitsüberwachungsverordnung** LF-VOGÜ)

[BGBl III 44/2024](#)

Entschließung F/BG/2010/03 betreffend Änderung des Übereinkommens über die Errichtung des **Afrikanischen Entwicklungsfonds**

[BGBl III 43/2024](#)

Änderung des Artikels I Abs 1 des Übereinkommens über die Errichtung des **Afrikanischen Entwicklungsfonds**

[BGBl III 37/2024](#)

Korrekturen der dem Europäischen Übereinkommen über die **internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen** (ADN) beigefügten Verordnung

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 2024/573 v 20.02.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/573 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2024 über **fluorierte Treibhausgase**, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 517/2014

[ABl L 2024/590 v 20.02.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/590 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2024 über Stoffe, die zum **Abbau der Ozonschicht** führen, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1005/2009

[ABl L 2024/207 v 22.02.2024](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2024/207 des **Jahreshaushaltsplans der Europäischen Union** für das Haushaltsjahr 2024

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.11.2023, [Ra 2022/08/0011](#)

ArbeitslosenversicherungsG; UniversitätsG; für die Zuerkennung von **Weiterbildungsgeld** ist ua die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme mit einem bestimmten Wochenstundenausmaß nötig; die Weiterbildungsmaßnahme muss während der Bildungskarenz bei einem Bildungsträger absolviert werden, der darüber eine Bestätigung ausstellt; bloße Lernzeiten oder eine Prüfungsvorbereitung im Rahmen eines Selbststudiums außerhalb von Ausbildungseinrichtungen erfüllen diese Voraussetzung nicht; im Universitätsgesetz werden das Verfahren und die Voraussetzungen einer Habilitation geregelt; der Besuch von Ausbildungseinheiten zur Vorbereitung auf die Habilitation wird darin jedoch nicht vorgesehen; das für die Erreichung der Habilitation notwendige selbstständige Verfassen einer **Habilitationsschrift** stellt keine Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme dar

22.01.2024, [Ra 2023/11/0053](#)

FührerscheinG; StVO; im Revisionsfall lag keine **Blutuntersuchung** vor, weil entgegen § 5 Abs 8 StVO die Blutprobe nicht von der öffentlichen Krankenanstalt der nächstgelegenen Polizeidienststelle zur Untersuchung übermittelt wurde, sondern der Rw selbst das Ergebnis der Blutprobe vorlegte; es konnte daher nicht von einer „**Gleichwertigkeit**“ der Blutuntersuchung mit der Atemalkoholmessung gesprochen und damit auch nicht das Ergebnis der Atemluftmessung, welche einen Alkoholgehalt der Atemluft von 0,41 mg/l ergeben hatte, entkräftet werden

22.01.2024, [Ra 2021/17/0173](#)

GlücksspielG; VwGVG; im angefochtenen Erkenntnis wird zunächst lediglich der Verfahrensgang wiedergegeben, der eigene Feststellungen des VwG vermissen lässt; sodann trifft das VwG rudimentäre Feststellungen zum Sachverhalt, insb. dass der Rw zum Tatzeitpunkt Hauptmieter „des Spiellokals“ gewesen sei; das Erkenntnis enthält **keine Feststellungen** dazu, ob das Lokal zum **Tatzeitpunkt** geöffnet gewesen ist; es fehlt eine beweiswürdige Auseinandersetzung mit dem Vorbringen des Rw, wonach das verfahrensgegenständliche Lokal zum Kontrollzeitpunkt geschlossen gewesen sei; gänzlich unklar sind die Ausführungen des VwG zur Innehabung der Glücksspielgeräte

26.01.2024, [Ra 2021/09/0010](#)

EpidemieG; entgegen der Rechtsansicht des VwG kommt es somit für die Begründung eines Anspruchs nach § 32 Abs 1 EpidemieG bzw dessen Übergang nach § 32 Abs 3 leg cit weder darauf an, dass der Ort der **Entgeltauszahlung** bzw jener, an dem die vertraglich vereinbarte Arbeitsleistung zu erbringen gewesen wäre, im Bundesgebiet gelegen ist, noch darauf, dass der infolge einer **Absonderung** eingetretene Verdienstentgang in einem Arbeitsverhältnis entstanden wäre, das dem österreichischen Recht unterliegt, oder dass (nach österreichischem Recht) eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Ersatzleistung besteht

29.01.2024, [Ra 2023/07/0003](#)

AbfallwirtschaftsG; överschmierte Teile und die Korrosionsschäden zusammen mit der Lagerung auf nicht flüssigkeitsdichtem Untergrund legen nahe, dass daraus entstehende Verunreinigungen bei ordnungsgemäßer Lagerung vermieden werden könnten; schließlich wurde nicht einmal von der mitbeteiligten Partei selbst vorgebracht, dass die gegenständlich mögliche Verunreinigung etwa unvermeidlich sei; allein der Umstand, dass ein Fahrzeug **Betriebsmittel** verliert, macht es die noch nicht zum Abfall; die **Abfalleigenschaft** ist nämlich dann zu verneinen, wenn es noch in Gebrauch steht, wobei allerdings nicht jede beliebige Gebrauchsform die Abfalleigenschaft ausschließen kann, sondern nur ein bestimmungsgemäßer Gebrauch

29.01.2024, [Ra 2021/17/0128](#)

GlücksspielG; VwGVG; das VwG hat das Erkenntnis damit begründet, dass „weder der Nachweis der Innehabung“ noch „der Bereithaltung oder des Eigentums an Geräten in Bezug auf den Beschwerdeführer zu erbringen“ sei; „eine faktische Verfügungsgewalt und damit korrelierend eine Verpflichtung zur Mitwirkung an der finanzbehördlichen Kontrolle“ sei „unerweislich“; worauf sich diese **Feststellungen** gründen, ist dem angefochtenen Erkenntnis jedoch nicht zu entnehmen; abgesehen davon, dass nicht immer eindeutig erkennbar ist, ob die Ausführungen des VwG die erst- oder zweitmitbeteiligte Partei betreffen, ist auch nicht ersichtlich, woraus das VwG abgeleitet hat, dass die Zweitmitbeteiligte, die nach dem Spruch des behördlichen Straferkenntnisses **Lokalbetreiberin** der Örtlichkeit gewesen ist, in der die verfahrensgegenständlichen Glücksspielgeräte vorgefunden worden sind, nicht dem von § 50 Abs 4 GlücksspielG aufgezählten Personenkreis angehöre

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 31.01.2024, [W129 2249509-1](#)

Hochschul-QualitätssicherungsG; UniversitätsG; die **Vergleichbarkeit** des verfahrensgegenständlichen **Studienangebots** der Bf iSd § 27 Abs 1 Hochschul-QualitätssicherungsG ist weiterhin gegeben, sodass das gemeldete Studienangebot (Child Development als MSc, Education als MEd, Education als MSc, Elementary Pedagogics als MEd, Elementary Pedagogics als MSc) in das Verzeichnis nach § 27 Abs 6 leg cit aufzunehmen ist

LVwG Oö 28.12.2023, [LVwG-552738](#)

UmweltinformationsG; Informationen, die sich auf den Regelungsgegenstand des Tierschutzes ieS beziehen, stellen keinen Teil des Umweltrechts dar und sind daher keine Umweltinformation iSd § 2 Z 1 UmweltinformationsG; demnach stellen **Tierhalteverbote** auch **keine Umweltinformationen** iSd § 2 Z 3 leg cit dar

LVwG Tir 18.01.2024, [LVwG-2023/12/1860-5](#)

Tir SchulorganisationsG; die **Errichtung** einer **Parkbucht** als auch die Kosten im Zusammenhang mit dem **Lehrerwohnhaus** stellen **beitragspflichtige Schulerhaltungskosten** dar; diese sind nach der Kopfquote auch von der Gemeinde zu tragen; aus der Formulierung der Bestimmung des § 81 Abs 4 Tir SchulorganisationsG lässt sich nicht ableiten, dass eine Nichtbeachtung der Bestimmung (eine Absprache zwischen gesetzlichem Schulerhalter und der beitragspflichtigen Gebietskörperschaft) dazu führt, dass die nachfolgende Vorschreibung der Schulerhaltungskosten zu Unrecht erfolgt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[20.02.2024, Rs C-715/20, X \(Absence de motifs de résiliation\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – Grundsatz der **Nichtdiskriminierung** – Unterschiedliche Behandlung im Fall einer Kündigung – Kündigung eines befristeten Arbeitsvertrags – Keine Pflicht zur Angabe von Kündigungsgründen – Gerichtliche Kontrolle – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[22.02.2024, Rs C-283/21, Deutsche Rentenversicherung Bund](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der Wandererwerbstätigen – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 44 Abs 2 – Anwendungsbereich – **Rente** wegen **voller Erwerbsminderung** – Berechnung – Berücksichtigung von in einem anderen Mitgliedstaat zurückgelegten Kindererziehungszeiten – Anwendbarkeit – Art 21 AEUV – Freizügigkeit – Hinreichende Verbindung zwischen diesen **Erziehungszeiten** und den im für die Rente leistungspflichtigen Mitgliedstaat **zurückgelegten Versicherungszeiten**

[22.02.2024, Rs C-491/21, Directia pentru Evidenta Persoanelor si Administrarea Bazelor de Date](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 Abs 1 AEUV – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Art 45 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2004/38/EG – Art 4 – **Ausstellung eines Personalausweises – Voraussetzung des Wohnsitzes** in dem Mitgliedstaat, der das Dokument ausstellt – Weigerung der Behörden dieses Mitgliedstaats, einem seiner Staatsangehörigen, der seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hat, einen Personalausweis auszustellen – **Gleichbehandlung** – Beschränkungen – Rechtfertigung

[22.02.2024, verb Rs C-701/21 P und C-739/21 P, Mytilinaios/ DEI und Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 AEUV – Begriff ‚Beihilfe‘ – Vorteil – Kriterium des **privaten Kapitalgebers** – Schiedsspruch, mit dem **ermäßigte Stromtarife** festgesetzt werden – **Zurechenbarkeit** des Schiedsspruchs an den Staat – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 4 Abs 2 – Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass die Maßnahme keine Beihilfe darstellt

[22.02.2024, Rs C-54/22 P, Rumänien/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Institutionelles Recht – **Europäische Bürgerinitiative** – Verordnung (EU) Nr 211/2011 – Registrierung der **geplanten Bürgerinitiative** – Art 4 Abs 2 Buchst b – Geplante Bürgerinitiative, die nicht offenkundig außerhalb des Rahmens liegt, in dem die Europäische Kommission befugt ist, einen Vorschlag für einen Rechtsakt der Union vorzulegen, um die Verträge umzusetzen – **Beweislast** – Befugnis der Kommission, eine **teilweise Registrierung** vorzunehmen

[22.02.2024, verb Rs C-59/22, C-110/22 und C-159/22, Consejería de Presidencia, Justicia e Interior de la Comunidad de Madrid](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über befristete Arbeitsverträge – **Befristete Arbeitsverträge** im öffentlichen Sektor – Unbefristet, nicht dauerhaft beschäftigte Vertragsbedienstete – Paragraphen 2 und 3 – Anwendungsbereich – Ausdruck „**befristet beschäftigter Arbeitnehmer**“ – Paragraph 5 – Maßnahmen zur Vermeidung und Ahndung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge oder -verhältnisse – **Gleichwertige gesetzliche Maßnahmen**

[22.02.2024, Rs C-311/22, Moesgaard Meat 2012](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2010/75/EU – Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung – Art 10 – Anhang I Nr 6.4 Buchst a – **Betrieb von Schlachthäusern** mit einer Produktionskapazität von mehr als 50 t Schlachtkörpern pro Tag – Begriffe ‚Schlachtkörper‘ und ‚Produktionskapazität pro Tag‘ – **Schlachthaus ohne Genehmigung** – Berücksichtigung der tatsächlichen Produktion

[22.02.2024, Rs C-589/22, Resorts Mallorca Hotels International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 2 Abs 1 – Entstehen einer Informations- und Konsultationspflicht – Zahl beabsichtigter oder tatsächlicher Entlassungen – Art 1 Abs 1 – Freiwillige Beendigung von Arbeitsverträgen vor einer Kündigung – Methode für die **Berechnung der Zahl der Entlassungen**

[22.02.2024, Rs C-649/22, Randstad Empleo ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2008/104/EG – **Leiharbeit** – Art 5 Abs. 1 – Grundsatz der Gleichbehandlung – Art 3 Abs 1 Buchst f – Begriff ‚wesentliche **Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen** der Leiharbeitnehmer‘ – Begriff ‚**Arbeitsentgelt**‘ – Entschädigung wegen der infolge eines Arbeitsunfalls während der Überlassung eingetretenen **dauerhaften vollständigen Unfähigkeit** eines Leiharbeitnehmers, seinen gewöhnlichen Beruf auszuüben

[22.02.2024, Rs C-660/22, Ente Cambiano società cooperativa per azioni](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Richtlinie 2008/7/EG – Genossenschaftsbanken, deren **Nettovermögen** einen **gewissen Schwellenwert übersteigt** – Nationale Regelung, wonach die Übertragung des Bankgeschäfts dieser Banken auf eine Aktiengesellschaft im Austausch gegen Anteile an dieser voraussetzt, dass die Banken einen Betrag in Höhe von 20 % dieses Nettovermögens zahlen – Art 94 Buchst c der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – Erfordernis der Angabe der Gründe, aus denen sich die Notwendigkeit einer Antwort des Gerichtshofs ergibt – **Rein innerstaatlicher Sachverhalt** – Unzulässigkeit

[22.02.2024, Rs C-661/22, ABC Projektai](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zahlungsdienste im Binnenmarkt** – Richtlinie (EU) 2015/2366 – Art 4 Nrn 3 und 5 – Zahlungsdienst oder -vorgang – Richtlinie 2009/110/EG – Art 2 Nr 2 – **Ausgabe von E-Geld** – Halten von Kundengeldern durch ein Zahlungsinstitut ohne konkreten Zahlungsauftrag – **Einstufung**

[22.02.2024, Rs C-674/22, Gemeinde Dinkelland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unter Verstoß gegen das Unionsrecht **erhobene Steuern** – Verpflichtung zur Erstattung der **Mehrwertsteuer** und zur **Zahlung von Zinsen** auf den Mehrwertsteuerbetrag – Erstattung aufgrund von **Fehlern** in der **Buchführung** des Steuerpflichtigen – Erstattung aufgrund der rückwirkenden Änderung der Modalitäten für die Berechnung der abzugsfähigen Mehrwertsteuer auf die **Gemeinkosten des Steuerpflichtigen**“

[22.02.2024, Rs C-694/22, Kommission/ Malta \(Taxation des véhicules d'occasion\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art. 110 AEUV – **Jährliche Verkehrsabgabe** – **Höhere Belastung** von eingeführten **Gebrauchtfahrzeugen** gegenüber gleichartigen Fahrzeugen, die sich bereits auf dem inländischen Markt befinden

[22.02.2024, Rs C-745/22, Micros Food Safety](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Lebensmittelsicherheit – Spezifische **Hygienevorschriften** für Lebensmittel tierischen Ursprungs – Verordnung (EG) Nr 853/2004 – Art 3 Abs 2 – Stoff zur **Entfernung von Oberflächenverunreinigungen** von Erzeugnissen **tierischen Ursprungs** – Begriff – Befall mit dem **bakteriellen Krankheitserreger** *Listeria monocytogenes* – Stoff zur Verhinderung von Oberflächenverunreinigungen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, der **außerhalb von Schlachtbetrieben** in den letzten Stufen des Herstellungsverfahrens angewandt wird – Inverkehrbringen – Vorherige Genehmigung durch die Europäische Kommission“

[22.02.2024, Rs C-81/23, FCA Italy und FPT Industrial](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 2 – **Besondere Zuständigkeiten** im Fall einer **unerlaubten Handlung** oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder von Ansprüchen aus einer solchen Handlung – **Ort der Verwirklichung** des Schadenserfolgs – Verwendung einer Abschaltvorrichtung bei einem Fahrzeug, die die Wirkung von **Emissionskontrollsystemen** verringert – **Kaufvertrag** über dieses Fahrzeug, der in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzstaat des Käufers und dem Sitzstaat des Herstellers geschlossen wurde – **Übergabe** und **bestimmungsgemäßer Gebrauch** des Fahrzeugs im Wohnsitzmitgliedstaat des Käufers

[22.02.2024, Rs C-85/23, Landkreis Jerichower Land](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gesundheit – **Hygienevorschriften** für **nicht** für den **menschlichen Verzehr** bestimmte **tierische Nebenprodukte** – Verordnung (EG) Nr 1069/2009 – Zulassung – Art 24 Abs 1 Buchst i – Begriff **der ‚Lagerung tierischer Nebenprodukte‘** – Unterbrechung eines **Transportvorgangs** von bis zu acht Stunden

[22.02.2024, Rs C-125/23, Unedic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Schutz der Arbeitnehmer bei **Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Richtlinie 2008/94/EG – Übernahme der nicht erfüllten Ansprüche der Arbeitnehmer aus Arbeitsverträgen und Arbeitsverhältnissen durch die Garantieeinrichtungen – **Ausschluss bei Kenntnisnahme** der Beendigung des Arbeitsvertrags durch den Arbeitnehmer

SCHLUSSANTRÄGE

[22.02.2024, Rs C-76/22, Santander Bank Polska \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2014/17/EU – **Wohnimmobilienkreditverträge** für Verbraucher – Art 25 Abs 1 – Vorzeitige Rückzahlung des Kredits – Ermäßigung der Gesamtkosten des Kredits – Begriff ‚Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher‘ – Methode zur **Berechnung der Ermäßigung**

[22.02.2024, Rs C-603/22, M.S. ua \(Droits procéduraux d'une personne mineure\) \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/800 – **Verfahrensgarantien** für **Kinder**, die **Verdächtige** oder **beschuldigte Personen** in Strafverfahren sind – Art 4 der Richtlinie 2016/800 – Auskunftsrecht – Art 6 der Richtlinie 2016/800 – Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – **Zulässigkeit von Beweisen**

[22.02.2024, Rs C-40/23 P, Kommission/ Niederlande \(Appréciation de compatibilité d'une mesure non qualifiée d'aide d'État\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 und 108 AEUV – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 4 Abs 3 – Feststellung der Vereinbarkeit einer **Maßnahme** mit dem Binnenmarkt, die **nicht als staatliche Beihilfe** eingestuft wurde – Grundsatz der **Rechtssicherheit**

[22.02.2024, Rs C-66/23, Elliniki Ornithologiki Etaireia ua \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2009/147/EG – Erhaltung der **wildlebenden Vogelarten** – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der **natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Besondere Schutzgebiete (BSG) – Schutz-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen – Erfasste Arten – Erhaltungsziele – **Prioritäten**

[22.02.2024, Rs C-135/23, GEMA \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – Recht der öffentlichen Wiedergabe – Begriff ‚**Wiedergabehandlung**‘ – Bereitstellung von **Fernsehgeräten**, die mit einer **Zimmerantenne** zum Empfang von Sendungen ausgestattet sind, in Appartements

B. GERICHT

[21.02.2024, Rs T-466/16, NRW Bank/ CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus** für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2016 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – **Rückwirkungsverbot** – Art 5 Abs 1 Buchst f der Delegierten Verordnung (EU) 2015/63 – Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge unter Ausschluss bestimmter Verbindlichkeiten – **Förderdarlehen** – Förderhilfsgeschäft – **Einrede der Rechtswidrigkeit**

[21.02.2024, Rs T-38/21, Inivos und Inivos/ Kommission](#)

Öffentliche Aufträge – **Verhandlungsverfahren** ohne vorherige Veröffentlichung einer Auftragsbekanntmachung – Lieferung von Desinfektionsrobotern an europäische Krankenhäuser – Dringliche, zwingende Gründe – **Covid-19** – **Fehlende Teilnahme** der Klägerinnen am Vergabeverfahren – Nichtigkeitsklage – **Keine individuelle Betroffenheit** – Vertragliche Natur des Rechtsstreits – Unzulässigkeit – Haftung

[21.02.2024, Rs T-767/22, Hoffmann/ EUIPO - Moldex/Metric \(Holex\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der **Unionswortmarke Holex** – Ältere Unionsbildmarke MOLDEX – **Relatives Eintragungshindernis** – Nachweis

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

15.02.2024, Beschwerde Nr [19920/20](#), *Škoberne/Slowenien*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung des Antrags des Bf, zwei Mitangeklagte nach deren Schuldeingeständnis als Zeugen zu vernehmen; Bf wurde der Möglichkeit beraubt, Zeugenaussagen wirksam vorzubringen und sich somit auf sie zu stützen, um seinen Fall zu vertreten; Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Telekommunikationsdaten des Bf; systematische Überwachung, die mit der obligatorischen **Vorratsspeicherung** einhergeht, stellt ein Hindernis für die Wahrnehmung der Persönlichkeitsrechte

dar; Fehlen von Bestimmungen oder Mechanismen, die sicherstellen sollen, dass die beanstandete Vorratsdatenspeicherung auf das beschränkt ist, was „in einer demokratischen Gesellschaft“ zur Erreichung bestimmter, im einschlägigen innerstaatlichen Recht aufgeführter Zwecke erforderlich ist;

20.02.2024, Beschwerde Nr [6406/21](#), M.G./Litauen

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); keine angemessene Berücksichtigung der besonderen Schutzbedürftigkeit und der entsprechenden Bedürfnisse des **Kinds** während des übermäßig langen Strafverfahrens wegen eines versuchten **sexuellen Übergriffs**; Dauer des Verfahrens ist den Behörden zuzurechnen; wiederholte medizinische Untersuchungen, da frühere Sachverständige keine ordnungsgemäß begründeten und umfassenden Berichte vorgelegt haben; psychologische Begutachtung mehrere Jahre nach den angefochtenen Ereignissen, wodurch die Gefahr einer zusätzlichen Traumatisierung besteht; Fehlen angemessener und überzeugender Gründe, um die Aussetzung der Strafe gegen den Täter zu rechtfertigen; offensichtlich unverhältnismäßige Strafe im Verhältnis zur Schwere der Straftat

20.02.2024, Beschwerde Nr [53162/21](#), Diaconeasa/Litauen

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Entzug der Bereitstellung eines staatlich finanzierten persönlichen **Betreuers** für eine **körperlich behinderte Person**, was zu einem schwerwiegenden Verlust an Autonomie führt; Fehlen einer gründlichen Bewertung der Schwere der Behinderung des Bf und alternativer praktischer Vorkehrungen; Fehlen eines gerechten Ausgleichs zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.